



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Pestzeile 20 Pfennig, Codex- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: An die Breslauer Kolleginnen im Steindruckgewerbe. — Eine Vernichtungssteuer. — Feuilleson: Das moderne Plakat. Das Märchen vom Storch. — Die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Gefahr! — Genossenschaftliches auf dem Gebiete des Fahrradmarktes. — Rundschau. — Versammlungskalender. — Briefkasten. **Beilage:** Gewerkschaftsdemokratie. — Korrespondenzen (Frankfurt a. M., Hannover, München, Straßburg i. E.).

An die Breslauer Kolleginnen im Steindruckgewerbe.

Seit ca. 5 Jahren erfreuen wir uns der Tatsache, daß die Anlegerinnen an Buchdruck-Schnellpressen zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß nur durch die Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglich ist, und aus dieser Ueberzeugung heraus reifte in ihnen der Entschluß, der Organisation, d. h. dem Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beizutreten und gehören heute ca. 80 Kolleginnen der Zahlstelle an. Schon früher waren die Verhältnisse in den Buchdruckereien erheblich bessere als in den Steindruckereien. Vor 5 Jahren erhielt eine mittelmäßige Anlegerin 8—9, eine perfekte Anlegerin 11 Mk. Wochenlohn, während Ihr damals mit 6—7 Mk. entlohnt wurdet. Eine Anlegerin im Steindruck mit 9 Mk. Wochenlohn war und ist heute noch eine Seltenheit. Auf Grund der ziemlich starken Vertretung der Buchdruck-Anlegerinnen in der Organisation ist es uns gelungen, mit den Buchdruck-Prinzipalen einen Tarif abzuschließen, wonach dieselben verpflichtet sind, 11 Mk. Mindestlohn zu zahlen. Rüstige Anlegerinnen je nach Vereinbarung 13—15 Mk. Wochenlohn. Ein Lohnabzug für gefühlige Feiertage darf nicht stattfinden. Ueberstunden werden mit 25—50 pCt. Aufschlag bezahlt. Hinzu kommt noch der Vorteil, daß in allen Buchdruckereien Breslaus nur 9 Stunden täglich gearbeitet wird.

Nun, Kolleginnen im Steindruckgewerbe, aus all diesem könnt Ihr ersehen, daß Eure Schwestern im Buchdruck sowie das gesamte Buchdruckerei-Hilfspersonal an Lohn und Arbeitszeit Euch ein gutes Stück voraus sind. Und woran liegt das? — Das liegt an Euch selbst, weil Ihr Euch um die Organisation nie gekümmert habt, weil Ihr nie nachgedacht habt, wie Ihr Eure traurigen Verhältnisse verbessern könnt. Schon wiederholt ist der Ruf an Euch ergangen, Euch der Organisation anzuschließen, die Euch neben allen anderen Vorteilen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und in besonderen Notfällen gewährt. Leider blieb dieser Ruf bis heute unbeachtet, und damit habt Ihr Eure traurigen Verhältnisse selbst verschuldet. Ihr seid der Spielball der Unternehmer, er weiß, daß Euch das Rückgrat, die „Organisation“ fehlt, und er hat somit freies Spiel, Eure junge Arbeitskraft bis zum Menschenmöglichen auszubeuten. Das wird erst aufhören, wenn Ihr Euch mit uns vereint, was schon längst geschehen sein sollte, damit wir binnen kurzem in der Lage sind, auch mit den Steindruck-Prinzipalen einen Tarif abzuschließen, der ihrer

Profitgier und Ausbeutungslust einen wirksamen Damm entgegensetzt.

Kolleginnen! Zu Eurer Ehre wollen wir nicht annehmen, daß Ihr Euch unter den gegebenen augenblicklichen Verhältnissen wohl fühlt, sondern wir meinen, es fehlt Euch nur an Mut und Selbstständigkeit, denn so oft wir mit der Aufforderung, Euch uns anzuschließen, zu Euch kamen, bedientet Ihr Euch stets derselben Ausrede. Bei der einen soll es der Mann sein, bei der anderen der Bräutigam, der Euch hindert, der Organisation beizutreten. Wir glauben das nicht! Denn jedenfalls sind beide organisiert, und dann ist es ihre Pflicht, Euch Eurer Berufsorganisation zuzuweisen. Sind sie nicht organisiert, so haben sie kein Verständnis für Eure Leiden und Ihr habt in diesem Falle erst recht die Pflicht, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Habt Ihr noch nie den Wunsch auf Verkürzung Eurer anstrengenden Tätigkeit gehabt? Seid Ihr noch nie zu der Einsicht gekommen, daß Euer Lohn zum Leben nicht ausreicht? — Geläch! Aber die Klage des Einzelnen verhallt ungehört. Nur wenn alle Beteiligten ihre Wünsche laut kundgeben, wenn alle bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen fordern, kann werden sich Eure Bedrücker Euren gerechten Forderungen nicht länger verschließen können. Das ist aber, wie schon so oft gesagt, nur durch die Organisation möglich, an der schon mancher Eigensinn der Unternehmer auf harten Widerstand gestoßen ist und zum Nachgeben gezwungen wurde.

Wir rufen nochmals und hoffentlich nicht vergebens: Organisiert Euch! Damit auch für Euch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden können, wie das bei Euren Schwestern im Buchdruckgewerbe schon längst der Fall ist; beweist, daß auch Ihr teilnehmen wollt an dem Kampfe zur Erringung einer menschenwürdigen Existenz und einer Euren Geschlecht entsprechenden Behandlung, die nicht nur viel, sondern alles zu wünschen übrig läßt.

Aufnahme neuer Mitglieder: Jeden Montag von 7—9 Uhr im „Goldenen Lachs“, Ursulinerstraße 21. — Die Eintrittsbedingungen und die Höhe der Beiträge sind bereits durch Flugblatt bekannt gegeben.

Die Ortsverwaltung.

Eine Vernichtungssteuer.

Die deutsche Regierung schreckt in ihren Finanznöten nicht vor den gewagtesten Steuerprojekten zurück. Die 500 Millionen neuer Steuern, die das Reich braucht, um seine unsinnige Rüstungs- und Kolonialpolitik weiter betreiben zu können, sollen ohne Rücksicht auf eine weitere Belastungsmöglichkeit aus dem deutschen Volke gepresst werden. Und nachdem sich die „Ebelsten der Nation“, das Junkertum beharrlich weigert, einer vernünftigen Steuerreform zuzustimmen, die darin besteht, daß jene unermeßlichen Reichtümer, welche sich im Besitze einer Handvoll Leute befinden, in entsprechender Form besteuert werden, soll die große Masse des Volkes bluten. Neben den Kosten einer unheilvollen Zollpolitik, die den Arbeitenden

die notwendigsten Lebensmittel verteuert und der deutschen Industrie ihre Absatzgebiete auf dem Weltmarkt beschränkt, soll nunmehr nicht allein eine weitere Vertenerung der Lebensbedürfnisse, sondern durch die geplanten Steuern die Vernichtung ganzer Industrien herbeigeführt werden.

Ein solches finanzpolitisches Monstrum stellt die Plakatasteuer vor. Die Regierung erwartet durch dieselbe eine jährliche Einnahme von 4 700 000 Mk. zu erzielen, also ungefähr ein Hundertstel der ganzen aufzubringenden Steuersumme. Nur schade, daß diese Berechnung nicht stimmt, nicht stimmen kann, weil man an Regierungstisch vergessen hat, die Wirkungen einer solchen Steuer von der erhofften Summe in Abzug zu bringen.

Wie sieht nun die Sache in Wirklichkeit aus? Genosse Barthel stellt in dem Leitfaben zur Berliner Plakatausstellung folgende Berechnungen auf:

Nach der Vorlage soll für je 1000 Quadrat-zentimeter Flächenraum eines unentgeltlich ausgehängten Plakates ein Steuerfuß entrichtet werden, der je nach Größe der Stadt 1, 2 und 3 Pfennige beträgt. In Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern kommt der Höchstfuß in Betracht. Ein Plakat in der Größe von 50×100 Zentimeter = 500 Quadratzentimeter würde demnach z. B. in Berlin das Exemplar 5×3 = 15 Pf. Steuer kosten. Werden nur 1000 bezartige Plakate in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern ausgehängt, dann ergibt das allein an Steuer 150 Mark. Nur in seltenen Fällen wird der Herstellungspreis diese Höhe erreichen; besonders, wenn es sich um einfache Typensatzplakate handelt, sodaß dann der Steuerbetrag den Herstellungspreis um das Mehrfache übersteigt. Ein Beispiel! Die gebräuchlichsten kleinsten Schriftplakate in der Größe von ungefähr 18×23 Zentimeter kosten bei 1000 Auflage das Stück etwa 1 Pf. Der Steuerfuß würde aber in Berlin und andern Großstädten 3 Pf. betragen, d. h. also 200 Prozent Aufschlag auf den Herstellungspreis.

Als Steuerfuß für Plakate, deren Anbringung gegen Entgelt erfolgt, sieht die Vorlage 10 pCt. des Entgelts vor. Beträgt also die jährliche Miete für das Anbringen eines kleinen Plakates an irgend welchen Wandflächen 5 Mk., dann würde die jährliche Steuer 50 Pf. betragen, zu deren Einziehung und Abrechnung derjenige verpflichtet sein soll, der die Erlaubnis zum Anhang des Plakates erteilt. Die technischen Schwierigkeiten des Einziehens einer solchen Steuer und die mannigfachen Unannehmlichkeiten, denen sich der Vermieter von Wandflächen für den Plakatausgang aussetzt, seien nur beiläufig erwähnt. Nehmen wir an, daß das als Beispiel genannte kleine Schriftplakat unter den angeführten Bedingungen gegen Entgelt ausgehängt und dadurch mit einem Steuerfuß von 50 Pf. für das Stück belastet würde, dann wäre dieser Satz geradezu fünfzig mal höher als der Herstellungspreis für ein solches Plakat und brächte dennoch lächerlich wenig ein.

Plakate aus Blech oder Emaille, d. h. also sogenannte Dauerplakate, sollen nach § 10 des Entwurfs

das Zwanzigfache des Betrages, der für unentgeltlich ausgehängte Plakate aus Papier oder Pappe erhoben wird, als Steuer kosten, demnach in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern für je 1000 Quadratmeter Flächenraum oder einen Teil davon $20 \times 3 = 60$ Pf. Ein Emailleplakat in der Größe von 50×65 Zentimeter oder 3250 Quadratmeter kostet etwa 2 Mk.; es hält ungefähr 10 Jahre, sodas auf das Jahr 20 Pf. des Herstellungspreises entfallen. Der Steuerfuß soll aber jährlich $4 \times 60 = 240$ Pf. betragen. Das ist also das Zwölffache des Herstellungspreises.

Diese Zahlen beweisen, daß das Reklamewesen durch die Annahme dieser Steuer nach jeder Richtung hin eingeschränkt wird. Vor allem ist es das teure, mehrfarbige Künstlerplakat, welches vollkommen aus dem Straßenbilde verschwinden würde, da es sich die Geschäftsinhaber überlegen würden, das mehrfache der bisherigen Kosten für ihre Reklame auszugeben. Das bedeutet aber, daß Tausende in der Plakatindustrie tätiger Personen, wie Lithographen, Steindrucker, Zeichner und hauptsächlich Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen brotlos gemacht werden. Nicht zuletzt darf aber auch darauf hingewiesen werden, daß durch die Ausschaltung des Künstlerplakates dem Volke ein billiges Erziehungsmittel, das unbestritten in modernen Plakat liegt, entzogen wird. Wenn in dieser Beziehung einer der Herren Minister erklärte, durch die Plakatsteuer würde die Landstraße von der aufdringlichen, marktschreierischen Reklame befreit werden, so hat er jedenfalls vergessen, daß das jegliche Bild der Landstraße durch tausende Erwerbsloser bevölkert würde, was gewiß zur Verschönerung der Verkehrswege nicht beitragen würde.

Mit den Gefahren, die den graphischen Berufen durch die Plakatsteuer drohen, geht die Tabaksteuer Hand in Hand. Auch hier werden die Fabrikanten an den Packungen sparen und es ist heute schon nachzuweisen, daß allein der Plan dieser Steuer auf die Geschäftslage in unserem Berufe einwirkt und zu den durch die Krise bedingten Einschränkungen noch weitere Entlassungen von Arbeitskräften kommen.

Wir sehen also, daß durch diese Steuerpläne der Regierung weite Kreise des Volkes wohl dem Hunger überliefert werden, ohne der Finanzkalamität des Reiches abzuhelfen. Denn die erwarteten Steuersummen würden von der weiter vegetierenden Plakatindustrie nicht aufgebracht, und dem Steuerfädel gehen Unsummen an ausfallenden Ein-

kommen- und Gewerbesteuern verloren. Diese Tatsachen müssen den heftigsten Widerstand der Arbeiterschaft auslösen. Sie darf nicht eher ruhen, bis jene drohenden Gefahren, die ganze blühende Industrie vernichten, beseitigt sind und eine gesunde und vernünftige Reichsfinanzpolitik platzgreift.

Gegen die geplante Plakatsteuer haben nun in einer Reihe deutscher Städte Protestversammlungen stattgefunden, in denen die Finanzpolitik der Reichsregierung einer vernichtenden Kritik unterzogen wurde. Wir sind nicht in der Lage, über alle Versammlungen zu berichten, geben aber einige der Resolutionen wieder, die sowohl der Finanzkommission des Reichstages als auch den Abgeordneten übermittelt wurden. In der am 25. Februar in Berlin stattgefundenen, vom Verband der Lithographen und Steindrucker einberufenen Versammlung sprach Kunstschriftsteller Carol Hilarius und Verbandsvorsitzender Otto Sillier, wonach folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die am Donnerstag, den 25. Februar 1909, im Grand Hotel tagende Versammlung der Berliner Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe, die gleichzeitig zahlreich auch von Interessenten des Reklamefachs besucht ist, erhebt den schärfsten Protest gegen das von der Reichsregierung geplante Anzeigensteuergesetz, insbesondere gegen die Plakatsteuer.

Dieses Gesetz wird nach eingehender Prüfung zu einer ungeheuren Einschränkung der Reklame führen und damit Unternehmer-, Künstler- und Arbeiterschaft gleich schwer treffen, und in vielen Fällen den Ruin für die Beteiligten herbeiführen.

Da nun aber die Arbeitslosigkeit in diesen Berufen, selbst nach Ausweis der amtlichen Statistik, sehr zurückgegangen und heute noch im Fallen begriffen ist, dürfte eine weitere Beeinträchtigung durch diese Steuer für das lithographische Gewerbe verhängnisvoll werden.

Ferner würde auch damit der erhoffte Betrag der Steuer niemals in die Reichskasse fließen, sondern durch die verlorengehenden Gewerbe- und Einkommensteuern direkt nachteilig auf die Reichsfinanzen wirken.

Die Versammlung erwartet deshalb vom Reichstag die Ablehnung dieser, das Gewerbe schwer schädigenden, Gesetzesvorlage.“

Die Leipziger Resolution lautet mit folgenden Worten ein:

„Die am 2. März 1909 im Albertgarten tagende Versammlung der graphischen Berufe Leipzig erhebt den schärfsten Protest gegen die von

der Regierung geplante Plakat-, Inzeraten- und Tabaksteuer.“

Die übrigen Absätze bedien sich mit denen der Berliner Resolution.

Am 27. Februar fand in Kaufbeuren eine Protestversammlung statt, in der nach einem Referate unseres Gauleiters Kollegen Albert Schmid-München nachstehende Resolution einstimmig Annahme fand:

„Die heute am 27. Februar 1909 in Kaufbeuren tagende, von 200 Personen besuchte Versammlung von graphischen Arbeitern und Arbeiterinnen erhebt schärfsten Protest gegen die Steuerpolitik der Reichsregierung, insbesondere erhebt sie Protest gegen den Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes und erwartet die Ablehnung dieser, das Druckereigewerbe schwer schädigenden Gesetzesvorlage.

Dem lithographischen Gewerbe droht nicht nur eine schwere Schädigung durch die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, wodurch nach sachmännischer Berechnung ein bedeutender Rückgang im Konsum zu erwarten ist und somit auch eine erhebliche Einbuße bei den bunten Tabakpackungen eintritt, was sich bei der Erhöhung der Zigarettensteuer im Jahre 1906 bereits sehr stark zeigte, sondern neben der Tabak- und Anzeigensteuer droht dem lithographischen Gewerbe auch ein bedeutender Schlag durch die beabsichtigte Erhöhung der Einfuhrzölle in Amerika auf lithographische Produkte, sodas es fast den Anschein hat, als wenn es auf den vollständigen Ruin des lithographischen Gewerbes abgesehen ist.

Schon jetzt sind die Folgen der famosen Zoll-, Handels- und Steuerpolitik stark zu spüren; nach verschiedenen Ländern ging die Ausfuhr infolge dieser Zoll- und Handelspolitik dem lithographischen Gewerbe verloren und ebenso ist bereits durch den Plan der Reichsregierung auf Einführung eines Anzeigensteuergesetzes eine bedeutend vergrößerter Arbeitslosigkeit im lithographischen Gewerbe eingetreten, indem bedeutende Bestellungen auf Plakate infolge des Steuerplanes zurückgezogen wurden. Hat schon jetzt das lithographische Gewerbe mit der größten Arbeitslosigkeit zu rechnen, wobei neben den vielen Arbeitslosen noch sehr viele bei verlängerter Arbeitszeit und halber Lage arbeiten, so gebietet allein schon der gesunde Menschenverstand, daß es endlich an der Zeit ist, diesem das Gewerbe schwer schädigenden Treiben mit Schärfe entgegenzutreten. Wir erwarten aus dem Angeführten strikteste Ablehnung aller, das

Das moderne Plakat.*)

Das Jahr 1896 wird einst in der Geschichte der „Deutschen Plakatkunst“ das Geburtsjahr des neuen deutschen Plakattiles genannt werden. Vorher gab es in Deutschland außer mehr oder weniger guten und schlechten Kunst-Ausstellungsplakaten überhaupt nichts Bemerkenswertes. Die Künstler hielten es für erniedrigend, ihr Können in den Dienst der Reklame zu stellen; die Industrie bevorzugte süßlich gemalten Nistich. Süßliche Frauensköpfe mit großen träumerischen Augen zierten die Plakate, und solch ein Kropf hatte die Verpflichtung, für verschiedene Gegenstände Reklame zu machen, heute für Toilettenringe, morgen für Schokolade oder Rauchtobak, je nach dem Firmenaufdruck. Dies war die schreckliche Zeit der sogenannten Blanko-Plakate.

Da kam das Jahr 1896, und in diesem Jahre war es Ludwig Sütterlin, der mit seinem Hammerplakat für die Berliner Gewerbe-Ausstellung Aufsehen bei Künstlern und Kunstschriftstellern, Mißfallen beim breiteren Publikum erregte.

Das Hammerplakat war das erste deutsche Plakat, das zur öffentlichen Kritik anregte und trotz der kühnen Aufnahme, die es beim Publikum fand, den Anstoß zu einer neuen deutschen Plakatkunst

gab. Das Erscheinen dieses Blattes und die sich daran ankämpfende Zeitungspolemik rüttelte die Künstler auf, und überall regte es sich und man wurde sich klar, daß es doch keine Schande sei, die Kunst in den Dienst der Reklame zu stellen.

Berlin, Dresden, Karlsruhe, München waren es vornehmlich, deren Künstler eine Menge hervorragender Blätter schufen, Werke von hohem künstlerischen Werte, die geradezu erzieherisch wirkten.

Eine neue Kunst entstand: eine „Kunst für die Straße“. Viel angepaßter und zweckmäßiger empfindet es selbst der Laie, wenn er im Getriebe der Weltstadt an den Säulen und Plakattafeln künstlerische Werke sieht, Werke, die, trotzdem sie der Reklame dienen, einen dauernden, tiefen Eindruck beim Beschauer hinterlassen. Der Industrielle erkannte und begreift rasch den ungleich höheren Wert des Künstlerplakates, der Künstler wieder nahm noch mehr Fühlung mit der Industrie, und durch dieses gemeinsame Zusammenarbeiten wurden eben Werke geschaffen, die heute in den Museen und Sammlungen neben Werken der hohen Kunst als gleichberechtigt gelten. Deutschland hatte sich auch hier die Achtung des Auslandes errungen.

Unter dem Zeichen des Hammerplakates von 1896, das die Grobtaten schaffender Arbeit symbolisierte, wurde der Kampf gegen den herrschenden Ungeschmack der damaligen Zeit geführt und unter diesem Zeichen erwachte und siegte eine neue graphische Kunst. Heute soll uns das markante Symbol der Werkstätigkeit zu einem Kampfe aufmuntern, zu einem neuen Kampfe gegen die drohende Vesteuerung der Plakate.

Die starke Faust mit dem wuchtigen Hammer sei heute ein Symbol festen Zusammenchlusses ge-

gen die drohende Plakatsteuer; anstatt daß letztere eine blühende Industrie zugrunde richtet, gilt es, dieses Steuer-Ungeheum zu zerschmettern!

Albert Knab.

Das Märchen vom Storch.

Tret' ich neulich im Dämmerchein
Ganz leise ins Kinderzimmer ein,
Hab' schnell mir ein Laufscherechen gewählt,
Wollt hören, was sich mein Märchen erzählt.
Und wie ich stehe und wie ich horch',
Da, richtig — kommt die Geschichte vom Storch.
„Mein, Liesel,“ spricht Hans mit viel Bedacht,
„Der Storch hat uns beide nicht gebracht,
Der hat sich gar nicht um uns gequält,
Mama hat mir's neulich selber erzählt.
Das mit dem Storch sind alles nur Sagen,
Daß er uns in seinem Schnabel getragen.
Und daß er die Mutter ins Bein gebissen;
Na, davon müßte sie doch auch was wissen.
Und daß wir vorher lagen im Reich,
's ist alles nicht wahr, ich dach' es mir gleich.
In Wirklichkeit ist es viel schöner, Du,
Da liegt so ein Kindlein ganz in Ruh,
So lang es noch zart ist und winzig klein,
An Mutter's Herzen, Du, das ist fein.
Die Mutter muß das Kindlein hegen,
Sie darf sich nur ganz leicht bewegen,
Daß sie ihm keinen Schaden tut,
So lang's an ihrem Herzen ruht.
Allmählich wird das Kindlein groß,
Es macht sich von der Mutter los,
Die leidet dabei viele Schmerzen,

*) Aus dem Leitfaden zu der vom „Bildungsausschuß Berlin der Lithographen, Steindrucker und verw. Berufe“ und von der „Berliner Typographischen Gesellschaft“ vom 25. Februar bis 7. März d. J. in Berlin veranstalteten Plakat-Ausstellung.

gesamte Volksleben schwer schädigenden Steuerprojekte und im besonderen Ablehnung der Anzeigensteuergebesvorlage."

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen in Gefahr!

a. r. Das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenkassen ist seit vielen Jahren von Unternehmerseite in niedrigster Weise bekämpft worden. Kein Mittel der Verleumdung blieb unversucht. Zweimal schon sind diese Angriffe abgeschlagen worden. Das einmal durch eine Umfrage des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich bei den Arbeitgebervertretern in den Vorständen. Sie sollten Auskunft geben, ob wirklich die „sozialdemokratischen Leitungen“ die Kassen für ihre parteipolitischen Zwecke mißbrauchen. Antwort ging von Arbeitgeber-Vertretern von 424 der größten Kassen (mit annähernd 2 Millionen Mitgliedern) ein. Die Frage, ob Kassenmittel zu Parteizwecken verwendet worden seien, wurde durchgehend verneint. Als einziger „Mißstand“ konnte angeführt werden, daß unter anderen auch Angehörige der Sozialdemokratie als Kassenbeamte angestellt worden sind. Das eingegangene Material, eine glänzende Rechtfertigung der Kassen durch genau unterrichtete Arbeitgeber, wurde dem Reichsamt des Innern übergeben. Dieses Ergebnis hinderte den Zentralverband deutscher Industrieller und ähnliche Organisationen natürlich nicht, nach wie vor von „Mißständen in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen“, „dauernder Ohnmacht der Arbeitgeber gegenüber den sozialdemokratisch beeinflußten Arbeitervertretern“ und dergl. zu reden.

Die Konferenzen von Kassenvertretern, die im Oktober im Reichsamt des Innern stattfanden, strafte diese Behauptung abermals ähnen. Wieder erklärten auch die Arbeitgeber, daß von Mißständen in den Kassenverwaltungen keine Rede sein könne und zu einer Veränderung der Organisation kein Anlaß vorliege. Der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, der augenscheinlich von der vorausgegangenen Hebe irreführt war, wurde von diesem Ausgang der Erörterungen geradezu überrascht. Auch in der breiten Öffentlichkeit wirkte es klärend. Vielsach gab man sich der Hoffnung hin, daß die schlimmste Gefahr für die Selbstverwaltung nun vorüber sei. Doch die Arbeiterfeinde sind zäh. Sie wollen nicht bekehrt sein. Gleich im Anschluß an die Konferenzen wies der bürgerliche Sozialpolitiker Dr. Fuß in Mainz in der

„Arbeiterversorgung“ darauf hin, daß einflußreiche und mächtige Körperschaften insgeheim den Kampf von neuem aufgenommen hätten. Dr. Fuß gehört zu den Ratgebern der Regierung in den Versicherungsfragen. Er war gewiß aus bester Quelle unterrichtet. Und der Fortgang der Dinge hat ihm Recht gegeben. In der Reichstagsitzung vom 5. Februar hat Herr v. Bethmann-Hollweg sein Programm für die Arbeiterversicherungsreform kurz skizziert. Danach ist die Selbstverwaltung aufs ärgste bedroht. „Es sollen die größeren Betriebskrankenkassen und Innungskassen aufrecht erhalten werden. Die Knappschaftskassen werden von der Neuordnung im wesentlichen überhaupt nicht berührt. Die Beiträge und das Stimmrecht in den Krankenkassen werden halbiert werden. Der Vorsitzende wird gewählt werden.“ Das bedeutet die Beseitigung der Selbstverwaltung der Arbeiter. Was würden die Folgen sein, wenn der Versuch glückt?

Zunächst würden die Vertreterwahlen, die sich jeither an den meisten Orten in ruhigen Formen und ohne sonderliche Erregung abgepielt haben, nun die politischen Leidenschaften frei entlassen, zumal die Proportionalwahl obligatorisch werden soll. Um jeden Generalversammlungsvertreter, um jede Stimme wird ein heftiger Streit entbrennen. Der „soziale Friede“, der sonst immer gefährdet werden soll, kann nicht nachdrücklicher gefordert werden als durch solche Kämpfe.

Und dann die Abwicklung der Geschäfte in den Kassenorganen selbst. Es werden sich fast immer zwei gleich starke Parteien gegenüberstellen, die bei wichtigen Fragen ihren Interessenstandpunkt entschieden vertreten werden. Wie soll schon die Wahl des Vorsitzenden vor sich gehen? Wer soll entscheiden, wenn der Kandidat jeder der beiden Gruppen gleich viel Stimmen erhält? Etwa die Aufsichtsbehörde? Und auch bei sonstigen Fragen müßte ein Stimmgleichheit für den Fall der Stimmgleichheit geschaffen werden, der dann wohl dem Vorsitzenden zufiele und ihn dann in scharfen Gegensatz zu der einen Hälfte bringen würde. Jedenfalls dürfte es mit der bisherigen ruhigen und sachlichen Arbeit der Kassenorgane vorbei sein. Die Politik, die man angeht vertreiben will, wird dann erst in die Kassenverwaltungen, die bisher davon frei waren, hineingetragen werden. Wie viel Zeitaufwand wird für unnütze Zankereien draufgehen. Die Beschäfte werden oft in den wichtigsten Fragen von Zufälligkeiten abhängen. Das Fehlen eines Vertreters kann die einschneidendsten Folgen haben. Dürfen die Maßnahmen einer Verwaltung von solchen unberechenbaren Umständen abhängen? Soll gerade die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen solchen Wechseln ausgelegt sein?

Nein! Was hier eingeführt werden soll, ist die Karrikatur einer Selbstverwaltung. Die Arbeiter haben ein Recht auf die Verwaltung der Arbeiterversicherung. Sie ist für die Arbeiter geschaffen. Sie allein haben das lebendige Interesse und die Erfahrung, aus denen das soziale Verständnis hervorgeht, das gerade hier erfordert wird. Und sie selbst bringen die Mittel auf, die nötig sind. Denn auch der Beitrag des Unternehmers stammt aus dem Ertrag der Arbeit und ist nichts anderes als ein gesetzlich vorgeschriebener Lohnzuschlag, der den Arbeitern gehört. Denn der Lohn müßte ausreichen, um den Arbeiter für die Wechselfälle des Daseins sicherzustellen. Soweit aber noch das materielle Interesse der Unternehmer Anspruch auf Schutz haben sollte, ist dem bereits vollaus Genüge getan durch § 31, Abs. 2 des jetzigen Gesetzes, wonach eine über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinausgehende Erhöhung der Beiträge von den Vertretern der Arbeitgeber in gesonderter Abstimmung genehmigt werden muß.

Aber, so einleuchtend auch alle diese Gründe sind, so sehr die Erfahrung die bisherige Verwaltung gerechtfertigt hat: die Regierung und die bürgerlichen Parteien werden sich dadurch nicht belehren lassen. Denn nicht Gründe entscheiden hier, sondern Interessen. Gerade weil sie die Fähigkeit der Arbeiter zur selbständigen Regelung ihrer Angelegenheiten bewiesen, weil sie die Überlegenheit der sozialistisch gesinnten organisierten Arbeiter in Sozialpolitik und Verwaltung jedem Unbefangenen klar gezeigt hat, eben darum ist diese Selbstverwaltung den Sachwaltern des herr-

schen Systems verhaßt und soll geopfert werden. Darum gilt es, die Macht der Gründe zu verstärken, mit allem Nachdruck unverzüglich alle Maßnahmen zur Abwehr der drohenden Gefahr zu ergreifen. Namentlich die Arbeiter, die noch im Gefolge der bürgerlichen Parteien, der Freisinnigen und des Zentrums, weilen, müssen auf die Haltung ihrer Vertreter aufmerksam gemacht werden, damit sie ihnen ihren Willen deutlich kundgeben. Die Arbeiterversicherung, insbesondere die Krankenversicherung, ist von großer Bedeutung für das Arbeiterleben. Sie hat daher auch Anspruch auf die notwendige Beachtung und Kampfesfreude.

Leider ist es bisher in Partei und Gewerkschaften noch recht ruhig über diese brennende Frage. Auf Parteitagen, Gewerkschafts- und Krankenkassentagungen wie in der Presse ist schon wiederholt die Aufforderung ergangen, die Massen aufzurütteln und den Kampf gegen diesen neuesten reaktionären Vorstoß aufzunehmen. Von wirklich praktischen Maßnahmen hat jedoch bisher noch nicht viel verlautet. Es ist höchste Zeit, daß es damit nun anders werde. Die Gegenagitation muß endlich energisch organisiert werden und mit aller Kraft einsetzen, damit wir nicht auf dem Schlachtfeld eintreffen, wenn der Kampf schon entschieden ist. Das Schicksal schreibt schnell, wenn es gilt, Arbeiterrechte zu beschneiden. Darum auf zur Tat, ehe es zu spät ist!

Genossenschaftlichkeit auf dem Gebiete des Fahrradmarktes.

Innerhalb eines Zeitraumes von circa 15 Jahren hat sich mit dem Fahrrad eine ungeheure Wandlung vollzogen. Bei seinem ersten Auftauchen diente es namentlich der sog. besseren Gesellschaft als Mittel zur Ausübung des Sports. Heute bildet es ein ungemein wichtiges und nützlich, fast unentbehrliches Verkehrsmittel für die minderbemittelte Bevölkerung; namentlich die Arbeiter bedienen sich seiner und die Zahl derer, die es zur täglichen Fahrt nach und von der Arbeitsstätte benutzen, zählt nach Hunderttausenden. Zählt doch z. B. der Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ allein über 100 000 Mitglieder und es darf angenommen werden, daß demselben nur etwa der zehnte Teil der radfahrenden Arbeiter Deutschlands angehört. — Diese weite Verbreitung des Fahrrades hat einen weit ausgehenden Industriezweig ins Leben gerufen; der Umsatz auf dem Fahrradmarkt zählt in Deutschland nach Millionen, die meistenteils die Arbeiter aufbringen. Im Hinblick hierauf erscheint es wohl begreiflich, wenn der Versuch gemacht wurde, diese ungeheure Kaufkraft der Arbeiterschaft zu organisieren. Gerade auf dem Gebiete des Fahrradhandels findet der Zweck der Konsumvereine: Ausschaltung des Zwischenhandels und dadurch bedingte Verbilligung der Produkte, ein günstiges Feld.

In Berlin hat vor einigen Jahren eine Anzahl Arbeiter deshalb den Versuch gemacht, eine Einkaufsgenossenschaft für Arbeiter-Radfahrer ins Leben zu rufen. Im Verlauf von ungefähr 4 Jahren hat sich nunmehr das Unternehmen zu einer bedeutenden Höhe emporgeschwungen; so wurde z. B. im Jahre 1908 ein Umsatz von 175 000 Mk. erzielt, was gewiß beachtenswert ist. Da sich die Prosperität des Unternehmens erwiesen hat, hat nunmehr der oben genannte Bund das Unternehmen unter seine Fittiche genommen. Dasselbe ist als offene Handelsgesellschaft unter der Firma Fahrrad-Haus „Frischauf“, Walter Wittig u. Co., eingetragen und hat den Zweck, den radfahrenden Arbeitern die Beschaffung guter, reeller und vor allen Dingen preiswerter Fahrräder und sonstiger Bedarfsartikel zu vermitteln. Da gerade beim Einkauf der hier in Betracht kommenden Waren eine Täuschung und Uebervorteilung des kaufenden Publikums außerordentlich leicht ist, dürfte das Unternehmen Gutes für die Arbeiter leisten können. Der Gewinn des Unternehmens soll laut Gesellschaftsvertrag dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ zugute kommen, der denselben zum Ausbau seiner Unterstützungsanstaltungen verwenden soll. Das Unternehmen besitzt zurzeit neben dem Hauptgeschäft in Berlin, Brunnenstraße 35, und einer Filiale in der Kottbuserstr. 9,

Es löst sich ja von ihrem Herzen.

Doch schon ist's, wenn das Kind erst da,

Da freut sie sich und schenkt's Papa."

Dießel hat schweigend angehört,

Den großen Bruder nicht gestört.

Jetzt hebt sie zu ihm das kleine Gesicht,

Und ernsthaft sie die Worte spricht:

„Eins kann ich dabei nicht versteh'n:

Warum muß das immer der Mutter geseh'n?

Kann das Kind nicht Vater am Herzen liegen?

Können Pappas keine Kinder kriegen?

„Ach nein," spricht Hans, der kluge Mann,

„Das geht doch ganz und gar nicht an,

Sie wären ja sicher dazu bereit,

Saben aber zu wenig Zeit." —

„Und dann," spricht Dießel, und sie lacht;

„Pappas bewegen sich nicht so leicht;

Ich sah es neulich selbst mit an:

Sie springen von der elektrischen Bahn,

Laufen hinterher oft ganze Straßen,

Da würde das Kindlein sich schon erschrecken,

Da ist's doch besser bei der Mama!

O, sieh mal, Hans! Da ist sie ja!"

Und beide hatten mich schon umschlungen,

Rechts hab' ich das Mädel und links den Jungen,

Und als ich mich zu guter Letzt

Zu ihnen ins Schlummerredchen gesetzt,

Spricht Dießel mit strahlendem Augenpaar:

„Mutti, was Hans sagt, ist das wahr?

Als ich ganz klein gewesen bin,

War ich da bei Dir im Herzen drin?"

Jetzt schmiegt sie in meinen Arm sich hinein:

„Mutti! Wie schön muß das gewesen sein!"

ferner noch Filialen und Verkaufsstellen in Leipzig, Dresden, Aue i. G., Breslau, Finsterwalde, Forst, Halle a. S., Hirschberg, Karlsruhe, Kiel, Magdeburg, Meissen, Offenbach am Main, Piestervitz, Ruffelsheim, Reiz und Büding; in anderen größeren Städten sollen weitere errichtet werden. Der Gesamtwert der Lager an Fahrädern und sonstigen Verkaufsgegenständen, sowie der Geschäftseinrichtungen dürften sich auf über 200 000 Mark belaufen. Die Arbeiterchaft, die heute auf dem Fahrradmarke fast einzige Abnehmerin ist, hat es in der Hand, dieses von der Arbeiterchaft errichtete und verwaltete Unternehmen zu einem mächtigen Faktor im wirtschaftlichen Leben zu gestalten.

Wir empfehlen den organisierten Arbeitern, bei Bedarf das Unternehmen zu berücksichtigen. In Orten, an denen keine Verkaufsstellen bestehen, kann der Bezug durch die Mitglieder und Vereine des Bundes, die an jedem namhaften Orte zu finden sind, bewerkstelligt werden.

Rundschau.

Aus dem Gewerkschaftsleben.

Der Verband der Bureauangestellten zählte am Schlusse des Jahres 1908: 4782 Mitglieder gegen 1422 im Jahre 1907.

Welchen ungeheuren Vorteil die von einer Organisation eingerichteten Arbeitsnachweise für deren Mitglieder haben, geht so recht deutlich aus der Abrechnung des Verbandes der Gastwirte Gehilfen hervor. Die Arbeitsnachweise des Verbandes vermittelten im 4. Quartal 1908: 562 feste Stellen und 18 547 Aushilfsstellen. Hierfür wären an die gewerksmäßigen Stellenvermittler an Gebühren 13 430 Mk. zu zahlen gewesen. Im ganzen Jahre wurden 3659 feste Stellen und 86 425 zur Aushilfe besetzt, wofür die Gehilfen den Betrag von 778 51 Mk. an die Stellenvermittler zu zahlen gehabt hätten. Hält man diesen Summen den Betrag der von den Gewerkschaften in der Regel erhobenen Beiträge gegenüber, wofür noch verschiedene Unterzählungen begabst werden, dann ist allein der materielle Wert der gewerkschaftlichen Organisation bewiesen.

Ueber die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie gibt die Januar-Statistik des Holzarbeiterverbandes Aufklärung. An derselben beteiligten sich 785 Zahlstellen mit 141 497 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 21 179, davon 9998 am letzten Tage des Monats arbeitslos. Arbeitslosenunterstützung erhielten 9841 Mitglieder für 102 758 Tage, Reiseunterstützung 4866 Mitglieder für 7833 Tage. Die ausgezahlte Unterstützung betrug im ersteren Falle 142 599,27 Mark, im letzteren 7204,42 Mk. Nicht berichtet hatten 26 Zahlstellen. Gegenüber dem Monat Dezember 1908 ist im Januar eine kleine Verbesserung eingetreten. Auf je 100 Mitglieder entfielen im Januar 7,07 Arbeitslose gegen 8,89 im Dezember. Gegenüber dem Januar 1908 mit 5,81 Arbeitslosen auf je 100 Mitglieder ist indes die Verschlechterung in diesem Jahre eine ganz erhebliche.

Die Abrechnung des Dachdeckerverbandes vom 4. Quartal schließt mit einem Kassenbestand von 40 558 Mk. ab. Für Gemahregelte und Streikende wurden im Quartal 7287,79 Mark verausgabt.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat beschlossen, den Mitgliedern der Jugendorganisationen beim Uebertritt in den Verband die bisher in der Jugendorganisation geleisteten Beiträge in Anrechnung zu bringen, wenn der Uebertritt vor Ablauf des 17. Lebensjahres oder spätestens vier Wochen nach beendeter Lehrzeit erfolgt. Ausgeschlossen von der Aufnahme im Verbande sind Lehrlinge, solange sie noch im Lehrverhältnis stehen.

Die Mitgliederzahl des Hotelbiernerverbandes betrug am Schlusse des vierten Quartals 3032. Gegenüber dem Vorjahre ist ein Rückgang der Mitgliederzahl um 221 zu verzeichnen. Der Vermögensbestand des Verbandes belief sich am Jahreschlusse auf 53 259,58 Mk.

Gewerkschaftliche Verbandstage. Folgende Verbände haben bisher für dieses Jahr ihre Verbandstage einberufen:

- Banarbeiter: 12. April nach Cöln a. Rh.
- Bergarbeiter: 16. Mai nach Eisenach.
- Bildhauer: 31. Mai nach Magdeburg.
- Gemeindearbeiter: 23. Mai nach Dresden.

- Glasarbeiter: 30. Mai nach Hannover.
- Glasler: 11. April nach Nürnberg.
- Hotelbierner: 13. April nach München.
- Lagerhalter: 9. Mai nach Frankfurt a. M.
- Maler: 1. März nach Cöln a. Rh.
- Metallarbeiter: 31. Mai nach Hamburg.
- Portefeuller: 12. April nach Cöln a. Rh.
- Sattler: 12. April nach Cöln a. Rh.
- Schiffszimmerer: 16. Mai nach Kiel.
- Seelente: 24. Mai nach Hamburg.
- Stuttarteure: 12. April nach Cassel.
- Transportarbeiter: 7. Juni nach München.
- Zimmerer: 19. April nach Stuttgart.

Insgesamt sind also bisher 17 Verbandstage einberufen. Außerdem findet im Anschluß an die Verbandstage der Sattler und Portefeuller in Cöln a. Rh. am 13. April eine gemeinsame Generalversammlung dieser beiden Verbände statt, in der die Verschmelzung endgiltig zur Entscheidung kommen wird. Am 30. Mai findet ferner in Frankfurt am Main ein vom Fabrikarbeiterverband einberufener Kongreß der chemischen Arbeiter statt.

Gedruckte Jahresberichte sind eingegangen vom Deutschen Holzarbeiterverband, Verwaltung Berlin, von den Arbeiterssekretariaten Leipzig und Halle a. S. Wir werden gelegentlich auf die Berichte zurückkommen.

Schwarze Listen im Buchdruckgewerbe. Zu diesem im Buchdruckgewerbe ziemlich unbekanntem Kapitel lieferte die „Leipziger Volkszeitung“ vor kurzem einen Beleg in Form eines von der Geschäftsstelle des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer herausgegebenen Schriftstückes. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

Leipzig, den 16. Februar 1909.

An die tariffreien Druckereien Leipzigs.
Der 21 Jahre alte Maschinenmeister . . . hat heute bei der Firma Oskar Brandstetter seine sofortige Entlassung herbeigeführt, da er sich unter höchst ungebührlichem Benehmen und der Verleumdung, daß er nicht bloß für das Geschäft da sei, weigerte, Ueberstunden zu machen und sich wiederholt und trotz der Vorhaltungen des Saalmeisters nicht an seiner Maschine aufhielt. Wir bringen dieses Vorwissen, das wir auch dem Arbeitsnachweis gemeldet haben, auf Wunsch der Firma Oskar Brandstetter zur Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll

Die Geschäftsstelle des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer

Der „Korr.“ würdigte diese fast ungläubliche Handlungsweise und bezeichnete sie als einen „flagranten Verstoß sowohl gegen die Tarifgemeinschaft wie gegen den Organisationsvertrag im Buchdruckgewerbe“. Wir nehmen von der Sache ebenfalls Notiz, nicht etwa, um, wie die „Leipz. Volksztg.“ über die Tarifgemeinschaft „mit idealem Arbeitsverhältnis“ zu höhnen, sondern weil wir als Angehörige dieses Berufes und als Gruppe, die mit derselben Unternehmerorganisation Tarifvereinbarungen abgeschlossen haben ein Interesse daran haben, daß solche Vorkommnisse im Allgemeinen nicht zur Regel werden. Denn Tatsache ist, daß man es auch versucht hat in ähnlicher Weise in einem unserer Tariforte gegen das Hilfspersonal vorzugehen und dort die schwarzen Listen sogar in ein System gezwängt hat, das den Druckereibesitzern jederzeit ermöglichte, über jeden unserer Arbeitnehmenden entsprechende Auskünfte aus seiner letzten Kondition zu erhalten. Nun sollte man annehmen, daß der sehr sachlich gehaltene Hinweis des „Korr.“ auf die Ungehörigkeit solcher Verurteilung eines Arbeiters im Prinzipalslager das Bewußtsein der Schuld auslösen würde und Maßnahmen getroffen würden, die eine Wiederholung unmöglich machen. In dieser Annahme sieht man sich aber leider getäuscht, wenn man die Auslassungen des Vorsitzenden vom Kreis VII (Sachsen) in Nr. 18 der „Zeitschrift“ zu Gesicht bekommt. Hier wird nicht etwa das Vorgehen der genannten Geschäftsstelle gerügt, sondern der Herr Kreisvorsitzende ist krausphast bemüht, zu beweisen, daß das Schriftstück keine schwarze Liste darstellt. Daß es diese Bezeichnung erst recht verdient und wirkungsvoller wird, dafür sorgt der Artikel in der „Zeitschrift“, in welchem der volle Name des betreffenden Maschinenmeisters bekannt gegeben wird, so daß derselbe nicht allein in Leipzig, sondern auch anderwärts verhindert wird, Arbeit zu finden. — Auch das Verhalten des „Korr.“ in der Frage wird nicht als angemessen erklärt; derselbe sollte sich „mit einer vorläufigen Notiz begnügen“, bis das Verfahren abgeschlossen ist. Aber die Herren Prinzipale in Leipzig, vor-

an die auch uns sehr bekannte Firma Brandstetter hatte keine Zeit, das tarifliche Verfahren gegen den „flegelhaften, kaum erwachsenen“ Gehilfen, wie es in dem Artikel der „Zeitschrift“ geschmackvoll heißt, abzuwarten, sondern sie mußten ihm früher den Brotkorb höher hängen. Wir glauben, daß der Herr Kreisvorsitzende wenig Ursache hat, gegen die Auslassungen der „Leipz. Volksztg.“ zu polemisieren. Besser wäre es, wenn aus seinen Kreisen nicht immer Stoff gegen die Tarifgemeinschaft geliefert würde.

Die weibliche Erwerbstätigkeit nach der Berufsanzahl von 1907. Die Berufsanzahl vom 12. Juni 1907, deren Hauptzahlen kürzlich veröffentlicht wurden, hat als eines der wichtigsten Ergebnisse eine gewaltige Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit aufgewiesen. Bei einer Vermehrung der weiblichen Gesamtbevölkerung von 1895 bis 1907 um nur 18,58 Proz. hat die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen im Hauptberuf um 56,59 Proz., einschließlich der häuslichen Dienstboten (deren Zahl etwas zurückgegangen ist) um 44,21 Proz. zugenommen, während die männlichen Erwerbstätigen nur eine Zunahme von 19,85 einschließlich der Dienenden von 19,75 Proz. erfahren haben. Standen 1895 noch 5 264 393 weibliche Erwerbstätigen 15 506 482, also fast dreimal so viel männliche gegenüber, so war im Jahre 1907 die Zahl der männlichen Erwerbstätigen mit 18 588 864 nicht viel mehr als doppelt so groß wie die weiblichen mit 8 243 498.

Nach 10 Millionen erwerbstätiger Frauen, einschließlich der Dienenden, das ist also das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung, die damit allerdings in gründlicher Weise mit dem alten Ideal der „ins Haus gehörenden Frauen“ auftrumpft hat. Wie will man angesichts der nackten Tatsache, daß heute bereits fast ein Drittel der weiblichen Gesamtbevölkerung, das heißt, die Hälfte der weiblichen Erwachsenen (über 15 Jahre alten) Bevölkerung beruflich tätig ist, noch all die beraubten Konsequenzen aufrechterhalten, die sich aus dem einstigen Hausfrauenideal ergaben: die Zurückführung und Bevormundung der Frau in wirtschaftlicher, in familienrechtlicher, in politischer Beziehung, in Hinsicht auf die Zulassung zum höheren Studium, zu höheren Beamtenstellungen usw.?

Versammlungskalender.

Erfurt. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 17. März 1909, abends 8½ Uhr im „Lübli“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Rowan. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Kassenbericht. 4. Erbschaft der Kassiererin. 5. Verschiedenes.

Halle a. S. Öffentliche Versammlung am 21. d. M. ¼4 Uhr im Englischen Hof. Referent Kollege Schulze-Leipzig. Thema: Wie stellen wir uns zur Einführung eines Tarifs. Die Mitglieder werden dringend erlucht, pünktlich zu erscheinen.

Königsberg i. Pr. General-Versammlung am 14. März 1909 um 10 Uhr vormittags im „Felsenkrug“, Kröschenstr. 4. Tagesordnung: 1. Vereinskommunikationen. 2. Kassenbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl der Redaktoren. 5. Stiftungsfest.

Magdeburg. Versammlung am 14. März, nachmittags 3½ Uhr, im „Kasino“, Ecke Breiter Weg und Kaiser Wilhelmplatz. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Die Ursachen und Wirkungen der Krise. Referent: Gewerkschaftssekretär Karl Mößinger. 3. Wahl eines Arbeitsnachweisesverwalters. 4. Verschiedenes. — Nachdem Langkränzen.

Mühlhausen i. G. Monatsversammlung am Donnerstag, den 18. März 1909, um 7½ Uhr abends im Lokale Bismoli, Simeistr. 11. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Vortrag über Wesen und Entstehung der modernen Gewerkschaften. 3. Verschiedenes.

Briefkasten.

Seibronn a. N. Versammlungsanzeige ging erst am Mittwoch, den 3. März, ein und konnte daher in Nr. 10 nicht mehr gebracht werden. — Halle a. S. Der Bericht ist doch etwas zu inhaltslos, daher abgelehnt. — Bremen und Erfurt. Redaktionschluss ist Montag. — Berlin. Bericht noch nicht eingegangen.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 11.

Berlin, den 13. März 1909.

15. Jahrgang.

Gewerkschaftsdemokratie.*)

Von Eduard Bernstein.

I.

Jeder Arbeiterbewegung liegt die Demokratie sozusagen im Blut, sie ist das wesentlichste ihrer Lebensorgane. Wo Arbeitervereinigungen ihre Angelegenheiten nicht demokratisch regeln, ist nur das Herrbild einer Arbeiterbewegung möglich. Aber die Demokratie ist ein Prinzip und keine fertige Formel. Sie läßt verschiedene Anwendungen zu. Diese Anwendungen wechseln mit der Größe, den Lebensbedingungen und den Bewegungsumständen der in Frage kommenden Körperschaften. Eine 100 Personen und eine 100 000 Personen umfassende Verbindung können nicht in der gleichen Weise ihre Angelegenheiten demokratisch regeln, die Demokratie verstreut wohnender Bauern sieht anders aus als die Demokratie der Bewohner ein und derselben Stadt, die Demokratie im Frieden anders als die kriegsführende Demokratie. Das sind grobe, auf den ersten Blick sich offenbarende Unterschiede. Innerhalb der einzelnen Körperschaften oder Verbindungen aber gibt es wiederum eine Reihe feinerer Unterschiede oder Abstufungen in der Durchführung der Demokratie, die sich im Laufe der Zeit mit der Entwicklung der Größe und Umstände jener Körper einstellen. Zum Teil sind sie durch deren Zwecke und Lebensbedingungen vorgeschriebene Notwendigkeiten, zum Teil aber auch nur Auswüchse und Spielarten, bei deren Bildung Trägheit oder Regiamkeit, geistige und moralische Eigenschaften der Massen und Beamten als formbildende und formulierende Faktoren ihre Rolle spielen. Das im ersteren Sinne Notwendige von dem Zufälligen oder Auswuchs zu trennen ist als Praxis Aufgabe des demokratischen Politikers, wie die Untersuchung oder Ermittlung der Regeln dieses Verhältnisses dem Theoretiker der Demokratie anheimfällt. . . .

Es handelt sich um einen auf gewerkschaftlichem Gebiet spielenden Konflikt: den Streit zwischen der Leitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes und einer großen Anzahl von Mitgliedern des Verbandes im Mannheimer Industriebezirk. Anlaß dazu gab die Frage der Fortsetzung oder des Abbruchs eines seit Monaten spielenden Streiks. Anfang Oktober 1908 hatte die Direktion der Mannheimer Strebelwerke ihren Arbeitern unter Hinweis auf die gedrückten Preise und Aenderungen in der Technik eine erhebliche Herabsetzung der Akkordlohnsätze angekündigt, worauf die Arbeiter nach einigen erfolglosen Verhandlungen am 15. Oktober die Arbeit einstellten. Nachdem der Streik einige Zeit gedauert hatte, unterbreitete die Direktion der Strebelwerke den Fall dem Verband der organisierten Unternehmer von Mannheim und den Nachbarstädten Ludwigshafen und Frankenthal, und dieser machte am 29. November bekannt, daß die Organisation nach eingehender Prüfung der Sachlage einstimmig beschlossen hätte, falls nicht die Arbeiter der Strebelwerke bis zum 15. Dezember an die Arbeit zurückkehrten, in allen Verbandsfabriken der gesamten Arbeiterschaft auf den 1. Januar 1909 zu kündigen. Die Gründe dieses Entschlusses wurden in der Presse näher dargelegt. Da die Aussperrung 14—15 000 Arbeiter mit ihren Familien getroffen hätte, rief die Ankündigung, außer in der Arbeiterschaft selbst auch in der Geschäftswelt der genannten Städte, für die eine so große Störung allerhand Verluste bedeutet, ziemlich Erregung hervor.

Um es nicht zur Sperre kommen zu lassen, verlegten sich die Spitzen der städtischen Behörden aufs Vermitteln. Unter dem Vorsitz des Mannheimer Oberbürgermeisters Martin fanden im Dezember Verhandlungen der Beteiligten statt; die

Direktion der Strebelwerke ließ sich zu gewissen Zugeständnissen und Zusicherungen an die Arbeiter herbei, und die Vertrauensmänner der Arbeiter zeigten sich auch geneigt, unter den gegebenen Umständen die Zugeständnisse zu akzeptieren. Die Streikenden selbst jedoch dachten anders. Entgegen dem Vorschlag ihrer Vertrauensleute, den der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Vorhölzer, eingehend begründete, und den Ermahnungen des Vertreters des Hauptvorstandes der Gewerkschaft, Massatsch, beschlossen sie am 16. Dezember mit 397 von 428 Stimmen den Streik fortzusetzen, weil die Zugeständnisse ungenügend seien. Auf Massatsch' Vorschlag, daß Ablehnung die Aussperrung von 15 000 Metallarbeiter zur Folge haben könne, ertönte der Ruf aus den Reihen der Streikenden: „Wollen wir ja!“

Erneute Beratungen ergaben kein wesentlich anderes Resultat. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes hielt am 21. Dezember eine Hauptversammlung ab, an der die Geschäftsführer und die Bezirksleiter des Verbandes in den drei Städten teilnahmen, und einstimmig kam man zu der Ansicht, daß eine Fortsetzung des Streiks den Kollegen wie der Organisation nur Nachteile bringen könne. Die Verbandsangestellten legten dies den Streikenden dar, drangen in sie, die Dinge nicht zum Äußersten zu treiben und veranstalteten am 23. Dezember eine erneute Abstimmung. Sie ergab indes wieder eine erdrückende Mehrheit (467 gegen 43 Stimmen bei 5 weißen Zetteln) für Fortsetzung des Streiks. Und nun erfolgte eine Maßnahme außergewöhnlicher Natur. Massatsch, der vorgenannte Vertreter des Hauptvorstandes, gab nach Verkündung des Resultats den Streikenden bekannt, daß der Vorstand aus Grund eingehender Erwägungen beschloß, den Streik von Verbandswegen für beendet zu erklären, und der Bezirksleiter Vorhölzer teilte dies telegraphisch dem Vorsitzenden des Unternehmerverbandes mit. Den Streikenden, die die Ankündigung des Vorstandes beschlusses mit so großem Lärm entgegengenommen hatten, daß eine Begründung mündlich nicht gegeben werden konnte, ward diese noch am gleichen Tage per Flugblatt und durch die Arbeiterpresse bekannt gegeben. Es wird in dem Schriftstück ausgeführt, daß jede Bürgschaft für die Einhaltung der von den Strebelwerken gemachten Zugeständnisse gegeben, der Gebante mehr zu erlangen aber als aussichtslos erkannt sei. Dann heißt es — und dieser Satz berührt unser Thema —:

„Es kann ferner nicht in dem Willen der Streikenden allein liegen, die Entscheidung in solchen wichtigen Fragen zu treffen, sondern in solchen, die Gesamtheit der Arbeiter berührenden Fragen hat die Zentralleitung der Organisation die im Interesse der Gesamtheit absolut notwendigen Entscheidungen zu treffen.“

Nach der Ansicht der Streikenden war damit ihr Recht der freien Selbstbestimmung verletzt. Sie hielten tags darauf, am 24. Dezember, eine Versammlung ab, in der sie eine Protestresolution beschloßen, aus der folgender Satz herausgegriffen sei:

„Sie (die Versammelten) erachten vielmehr das Resultat ihrer Abstimmung allein für maßgebend und richten das Ersuchen an die übrigen Metallarbeiter des Industriebezirks Mannheim-Ludwigshafen, auch ihrerseits ein Urteil darüber zu fällen.“

Letzteres ist am 10. Januar in Mannheim und Ludwigshafen in Versammlungen der dortigen Mitglieder des Metallarbeiterverbandes geschehen. In beiden Versammlungen wurden mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit Resolutionen angenommen, die das Vorgehen des Hauptvorstandes und der Ortsleiter des Verbandes scharf verurteilten. In Mannheim wurde außerdem die Ankündigung des Beamten der Ortssektion, Schneider, beschlossen und das Beharren ausgesprochen, daß man kein Mittel habe, gegen Massatsch und Vor-

hölzer in gleicher Weise vorzugehen. Die Versammlung erwarte jedoch baldigst in einer Bezirkskonferenz in dieser Sache Stellung nehmen zu können und verspreche auf die kommende Generalversammlung des Verbandes „nur solche Vertreter zu entsenden, die willens seien, solche Auswüchse ernsthaft zu bekämpfen.“

Inzwischen haben im Anschluß an die Erklärung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes die Unternehmer ihre Ankündigung betreffs Massenausperrung zurückgezogen, und die Leitung der Strebelwerke hat an die Streikenden Einladungen verschickt, an die Arbeit zurückzukehren. Ein Teil der Streikenden hat ihnen Folge gegeben, andere streiken noch.

So weit der bisherige formale Verlauf der Angelegenheit. Auf die materielle Seite des Streiks einzugehen würde hier zu weit führen, sie kann auch von Fernstehenden kaum zutreffend beurteilt werden. Daß die Leitung der Strebelwerke substantielle Zugeständnisse gemacht hat, haben auch die Streikenden nicht bestritten. Sie und die zu ihnen stehenden Arbeiter von Mannheim-Ludwigshafen bestritten nur, daß sie das Äußerste darstellten, was bei energischem Widerstand zu erzielen war und meinen ferner, man hätte es auf die angebotene Aussperrung antommen lassen müssen. Solcher Drohung nachgeben hieße den Unternehmern eine Waffe in die Hand drücken, mit der sie jede Lohnforderung zu nichte machen könnten. Einwände, über die sich reden läßt, die aber für die Rechtsfrage unerheblich sind. Daß mehr zu erreichen war, ist eine Annahme, die sich weder absolut beweisen noch absolut widerlegen läßt, der Schluß aber zieht eine Folgefrage, für die ein Einzelfall als Beweis überhaupt nicht genügt, sondern die nur auf Grund einer dauernd eingehaltenen Politik gezogen werden könnte. Unter bestimmten Umständen ein Ultimatum beachten sagt noch nicht, daß man dies immer tun wird. Wer seine Maßnahmen gemäß der Situation einrichtet, beweist noch nicht, daß er sich durch leere Drohungen einschüchtern läßt. Nun kann es gewiß passieren, daß Führer eine Situation falsch einschätzen. Sie sind Menschen und als solche Irrtümern unterworfen. Daß aber auch die beteiligte Masse eine Situation gründlich verstehen und über ihre Möglichkeiten den verhängnisvollsten Irrtümern zum Opfer fallen kann, hat der unglückliche Ausgang verschiedener Lohnkämpfe der letzten Jahre bewiesen, die von der Masse gegen den Rat der Führer beschlossen wurden, und von denen der so fatal verlaufene Mannheimer Maurerstreik von 1907 ein typisches Beispiel darstellt.*)

Aber irgendwo muß in solchen Fällen die letzte Entscheidung liegen, und die Frage ist daher, bei wem sie liegen soll. Demjenigen, der die Demokratie rein formalistisch auffaßt, wird die Antwort leicht. Sie lautet für ihn: Selbstverständlich bei der Masse. Indes, welche Masse soll das sein? Die Masse der direkt Interessierten oder die Masse der Mitglieder der ganzen Organisation. Sagt man: die Masse der direkt Interessierten, so verkündet man statt der Demokratie die Anarchie; es wäre nur bei Auflösung der Organisation in lauter autonome Gruppen folgerichtig durchführbar. Beim heutigen Stand der Industrie werden die Unternehmer im Ernstfall stets die ganze Verbindung, mag sie föderalistisch oder zentralistisch aufgebaut sein, für das Verhalten der einzelnen Sektionen verantwortlich machen. Die Solidarität der Arbeiter läßt sich nicht lebendig nach einer Seite hin konstituieren. Ist sie für die Arbeiter unter sich eine Realität, so wird sie es auch für die Arbeiter in ihrem Verhältnis zu den Unternehmern. Hier besteht ein organischer Zusammen-

*) Aus den „Sozialistischen Monatsheften“, Heft 2 vom 23. Januar 1909, herausgegeben von Dr. F. Bloch. (Administration: Berlin W. 35, Potsdamerstr. 121 H.)

*) Anmerk. d. Red. Auch wir können auf ein ähnliches Beispiel, den Streik bei Alkstein u. Co. im September 1907, hinweisen.

hang, der sich nicht mit Nebenarten aus der Wirklichkeit wegheben läßt. Ja, selbst die unbedingte Autonomie der Anarchisten könnte daran nichts ändern. Sie würde, wenn nach dem Buchstaben verwirklicht, d. h., wenn die Gruppen, ohne sich vorher mit einander verständigt zu haben, einzeln vorgehen, zur Verzettelung der Kräfte und damit schließlich zur Lähmung der Aktionskraft der Arbeiter führen. Sobald aber die freien Gruppen nach gemeinsamem Plan handeln, bleibt auch die Selbstverwaltung der einen für die anderen nicht aus, und dann aber absolute Autonomie. Sie ist im Zeitalter der Unternehmerverbindungen eine Illusion.

Im Angesicht der zunehmenden aktiven und passiven Solidarität der Arbeiter wäre es viel richtiger, die letzte Entscheidung stets der Gesamtheit der Organisierten zu übertragen. Hiergegen lehnt sich jedoch in Kampfsituationen das praktische Bedürfnis auf. Je größer die Organisation, um so schwerfälliger der Apparat der Abstimmung; auch ist es oft unmöglich und taktisch unratlich, eine örtliche Situation so genau zu beschreiben, wie es notwendig wäre, damit der entfernt Wohnende sachkundig entscheiden soll, ganz abgesehen davon, daß, bis eine solche Abstimmung erfolgt ist, sich die Situation schon wieder geändert haben kann. Eine langjährige und teure erkaufte praktische Erfahrung hat vielmehr zu der Erkenntnis geführt, daß sich im Gewerkschaftskampf die Demokratie oft gar nicht anders verwirklichen läßt als durch Uebertragung der Vollmacht. Bei der Aufstellung oder Abänderung der Statuten, bei der Niederlegung von allgemeinen Richtlinien der Politik und ähnlichen Fragen ist die Abstimmung sicher am Platz, sie wird auch oft vor Einleitung einer großen allgemeinen Aktion nützlich sein, aber sie hat sich wiederholt als zweifelhaftes Mittel erwiesen, wo die Beendigung einer Aktion in Frage kam. Denn um hier den rechten Moment zu wählen, dazu gehört ein Ueberblick, den von den einzelnen aus der Masse stets nur wenige haben, während die Mehrheit momentanen Eindrücken und Gefühlregungen folgt. Ein begrenzter Körper von Beamten und Vertrauensleuten, die in geschlossener Sitzung beraten, wo sie der Einwirkung gefährlicher Presberichte entzogen sind, und wo jeder sprechen kann, ohne die Kolportierung seiner Meinung ins Lager des Gegners befürchten zu müssen, hat als Kollegium die Wahrscheinlichkeit eines objektiven Urteils für sich. Temperamentsunterschiede und sonstige Verschiedenheiten der Anlage gleichen sich hier aus, während das Verantwortlichkeitsgefühl sich nicht in dem Maße zersplittert wie bei der Ueberweisung der Entscheidung an einen vieltausendköpfigen Körper.

Man wird einwenden, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten durch ein gewisses Ruhebedürfnis, durch Rücksichten auf die Gewerkschaftskasse und dergleichen sehr leicht vereinfacht oder getrübt wird, und daß in Einzelfällen so etwas vorkommt, wird kein Kenner der Dinge bestreiten. Aber so wenig in der großen Mehrheit der Fälle der Gewerkschaftsbeamte der ewig zum Streit bezugene Aufwiegler ist, als den ihn die Scharfmacherpresse der Unternehmer malt, so wenig trifft auf die große Mehrheit das Bild des auf dem Geldsack sitzenden und seinen Bauch streichenden ewigen Abwieglers zu. Es ist beiderseitige Schuld, wenn zwischen Beamten und Masse die Fühlung verloren geht.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. M. In einer am 16. Februar abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte die Kollegin F. Thiede-Berlin über Tariffragen im allgemeinen und erläuterte speziell die Fälle Cassel, Leipzig, Mannheim, sowie die Beschlüsse, welche in der am 16. November v. J. stattgefundenen Konferenz in Berlin durch beide Tarifkontrahenten herbeigeführt wurden. Eine Kommentierung des § 2 der allgemeinen Bestimmungen sei einer späteren Konferenz der permanenten Kommission vorbehalten. Ferner besprach dieselbe den Schiedsspruch wodurch eine Kollegin wegen kündigungsfreier Entlassung klagte und durch einstimmigen Urteil abgewiesen wurde. Es sei an der Zeit, daß die Frankfurter Kollegenschaft, welche doch befähigte Kollegen

zur Besetzung des Schiedsgerichts hätten, daran gingen, das Schiedsgericht durch eigene Kollegen zu besetzen, ebenfalls müßte daran gegangen werden, den Arbeitsnachweis, welcher bis jetzt auf dem Papier stehe, von den Prinzipalen aber nicht benutzt werde, anders zu gestalten. Kollege Kalb erwiderte, daß das Schiedsgericht, sowie der Arbeitsnachweis den Buchdruckern übertragen sei, er habe zwar an den Prinzipalvorsitzenden ein Schreiben gerichtet, in welchem die Frankfurter Kollegenschaft den Wunsch ausdrückt, Schiedsgericht und Arbeitsnachweis durch unsere Kollegenschaft zu besetzen, habe aber einen ablehnenden Bescheid erhalten; es müsse deshalb die nächste Mitgliederversammlung diesem Schreiben den nötigen Nachdruck verleihen. Von Seiten des Vertreters der Buchdrucker wurde bekannt gegeben, daß diese von einem Arbeitsnachweis der Hilfsarbeiter nichts wissen und sich auch bekümmern würden, denselben zu übernehmen, da ja die Prinzipale selbst zu dem Arbeitsnachweis der Buchdrucker nichts gahen. Ein weiterer Punkt: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den hiesigen Steinbrudereien müßte zurückgestellt werden, da diese Kollegen und Kolleginnen nicht erschienen waren. Es ist tief bedauerlich, daß unsere Kollegenschaft in den Steinbrudereien immer noch nicht den Organisationsgedanken erfaßt haben, trotzdem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse erbärmlich sind. Es muß erst wieder eine Aufsperrung kommen, um auch diesen Kollegen die Augen zu öffnen. Wenn auch einzelne Betriebe hier schon eine ganze Zeit mit reduzierter Arbeitszeit arbeiten lassen, andere wieder überhaupt bloß einige Tage in der Woche, so hat auch das noch nicht dazu beigetragen, den Kollegen den Weg zur Organisation zu zeigen. Wenn die geplante Tabak- und Plafatsteuer Zafache wird, dann werden auch hier am Orte eine große Anzahl Kollegen und Kolleginnen darunter zu leiden haben, deshalb rufen wir Euch heute nochmals zu: Bestimmt Euch beizeiten auf Eure Organisation, ehe es zu spät ist, und werdet Mitglieder unseres Verbandes.

A. Sch.
Hannover. Versammlung vom 17. Februar. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls gab Kollege Spartz bekannt, daß die Kollegin Jipert verstorben ist. Die Anwesenden erhoben sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen. Der Klassenbericht vom 4. Quartal 1908 ergab einen Klassenbestand von 1693,74 M. Der Kollege Rampe als Revisor bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Sodann ergriff die Referentin Frau Paula Thiede das Wort, um in längerer Rede „Unsere nächsten Aufgaben“ zu behandeln. Rednerin betonte, daß unsere nächsten und wichtigsten Aufgaben der weitmöglichste Ausbau des Arbeitsnachweises, als auch des Schiedsgerichtes sei. Um zwei Beispielen führte Kollegin Thiede den Unterschied der verschiedenen Schiedsgerichtsurteile vor und gab der Meinung Ausdruck, daß nur durch bedeutende Verbesserung etwas Einheitsliches in dieser Institution geschaffen werden könne. Ebenso wichtig ist für uns der Arbeitsnachweis; durch einen abschließlichen Nachweis haben wir bedeutende Zunahmen an Mitgliedern, können dann den Prinzipalen stets mit Arbeitskräften aufwarten, die Arbeitslosen wissen dann genau, wohin sie sich zu wenden haben und werden auch die Mißstände in den einzelnen Geschäften eher aufgebeht. Zum Schluß legte Rednerin den Kollegen und Kolleginnen ans Herz, treu und fest zur Organisation zu halten und dafür zu sorgen, daß immer noch mehr dem Verbandszugeführt werden, sich aber nicht zu sagen: wir haben den Tarif und bekommen den Lohn doch — was brauchen wir nun noch den Verband. In zwei Jahren läuft unser Tarif ab, daher dürfen und wollen wir in dieser Zeit nicht ruhen. Kollege Spartz pflichtete der Kollegin Thiede bei und führte aus, daß gerade hier am Orte noch nicht an Ruhe zu denken sei, denn der Tarif ist noch lange nicht in allen Geschäften so eingeführt, wie es sein müßte; einen großen Teil der Schuld trägt hieran aber die Kollegenschaft selbst, denn wird der Tarif von den einzelnen Prinzipalen nicht ganz genau eingehalten, dann lassen sich die Kollegen und Kolleginnen dies ruhig gefallen, anstatt dagegen zu protestieren und dem Vorstande davon Mitteilung zu machen. Nachdem Kollege Spartz auch die Richtigkeit der Arbeitslosen betriebs der Kontrolle und Ummeldung gerügt hatte, sprach er im Namen der Versammlung der Kollegin Thiede für ihr Referat seinen Dank aus. — Unter Verschiedenem gab Kollege Spartz bekannt, daß Kollege Plunhoff von der Firma F. C. König u. Ebhardt gemahregelt wäre und gab hierzu die nähere Erklärung. Der Vorstand hat die Angelegenheit untersucht und ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß ein Kollege Sittig durch sein unkollegiales Verhalten die Hauptschuld

an der Entlassung K. S. trägt. Da dem S. noch verschiedene ähnliche Handlungen nachgewiesen wurden, beschloß die Versammlung einstimmig seinen Ausschluß aus dem Verband. Nach der Wahl eines Vergütungskomitees schloß Kollege Spartz die sehr gut besuchte Versammlung. G. W.

München. Generalversammlung am 28. Februar 1909. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt wurde, erstattete die Kassiererin den Rechenschaftsbericht für das 4. Quartal. Der Mitgliederbestand beträgt zur Zeit 365 männliche und 1072 weibliche, zusammen 1437. Kollege Querhammer bestätigte namens der Revisoren, daß Kasse und Bücher in vollster Ordnung befunden wurden, worauf die Kassiererin entlastet wurde. Kollege Schmidt erstattete hierauf den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß das Jahr 1908 ein für uns zufriedenstellendes war. Hauptsächlich sei es nirgends zu ernststen Differenzen gekommen und ein in der Firma Meisenbach noch vor Jahreschluss drohender Konflikt gütlich beigelegt worden. Andererseits brachten die Steinbruckerbewegung sowie die Verhandlungen mit den Schutzverbandsfirmen und die Vorbereitungen zum 4. Verbandstag der Verwaltung eine Annahme von Arbeit, die jedoch zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt wurde. Die Tätigkeit der Verwaltung erstreckte sich in diesem Jahre auf 191 Geschäftsversammlungen, 11 Monatsversammlungen und 13 Ausschüßsitzungen. Leider sah sich die Verwaltung gezwungen, um reines Buch zu machen, die sämtlichen Wohnheitzrestanten anzuschließen. Der Vorsitzende dankte den übrigen Verwaltungsmittgliedern für ihre tatkräftige Mitwirkung. Nachdem sich zu dem Berichte niemand zum Wort meldete, widmete der Vorsitzende unseren verstorbenen Kolleginnen einen ehrenden Nachruf, wobei die Mitglieder sich von ihren Sitzen erhoben. Kollege Koller erstattete in eingehender Weise den Gewerkschaftsbericht. Die Neuwahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Schmidt, 2. Vorsitzender Reumeier, Schriftführer Bergler, Beisitzer Schafroth, Melz und Kollegin Herrmann; als Revisoren die Kollegen Bauer und Querhammer. Als Gewerkschaftsbelegierte Reumeier, Dopner und Koller. Kollege Schmidt agitierte hierauf für den am 21. März stattfindenden Besuch der Augsburger Kollegenschaft, worauf sofort 40 Mitglieder mitzufahren erklärten. Nachdem noch beschlossen wurde, daß künftig in jedem Quartal eine Nacharbeiterversammlung abgehalten wird, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf unsern Verband. B.

Stuttgart i. Gf. Erste ordentliche Generalversammlung am 13. Februar 1909. Guleiter Kollege Werner hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Unser Kampf uns Dasein und wie erleichtern wir uns denselben“. Darauf erstattete Kollege Caballion als Obmann der Festkommission den Bericht über das 14. Stiftungsfest. Derselbe dankte nochmals denjenigen, welche mitgeholfen hatten, das Fest zu durchführen, besonders dankt er dem Gesangsverein „Ephoraphia“ für die unter der Leitung des Dirigenten Herrn Hans Brincour zu Gehör gebrachten vortrefflichen Gesangsvorträge. Zum Schluß gibt derselbe bekannt, daß das Fest einen Ueberschuß von 20,09 M. ergab. Hierauf gab der Vorsitzende den Jahresbericht und der Kassierer den Rechenschaftsbericht, der eine Mehreinnahme von 180,13 M. ergab. Mitthin beziffert sich der Klassenbestand am 31. Dezember 1908 auf 1688,62 M. Kollege Schneider als Kassenrevisor teilte mit, daß Bücher und Kasse in bester Ordnung sind und beantragte, dem Kassierer Decharge zu erteilen, welchem einstimmig stattgegeben wurde. Kollege Caballion dankte dem Vorstand für die geleistete Arbeit im verfloffenen Jahre. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Joseph Burthardt, 2. Vorsitzender A. Ernwein, Kassierer H. Wolff, Schriftführer E. Schneider, Beisitzer Fr. Lieber. Als Kartellbelegierte wurden Kollege Mayer und als Stellvertreter Kollege Burthardt, als Kassenrevisoren die Kollegen Schneider und A. Kraft gewählt. Der neue Vorsitzende dankte im Namen des Vorstandes für das Vertrauen, welches die Kollegen in denselben setzen und betonte, daß der neue Vorstand sich alle Mühe geben wird, unsere Zahlstelle auf die Höhe der Zeit zu bringen, gleichzeitig forderte er die Kollegen auf, durch regen Versammlungsbesuch und rege Mitarbeit dazu beizutragen. Er teilte auch mit, daß im Laufe dieses Jahres einige Vorträge geplant sind, wozu alle Kollegen zahlreich erscheinen sollen und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsern Verband die imposante Versammlung. C. Sch.